Bebauungsplan "Im Eichet Süd"

Die Gemeinde Ebershausen erlässt aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) sowie Art. 23 der Gemeindeordnung (GO) für den Freistaat Bayern den Bebauungsplan

"Im Eichet Süd"

als Satzung. Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Für das Gebiet innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches gilt die von Kling Consult GmbH, Krumbach, ausgearbeitete Bebauungsplanzzeichnung in der Fassung vom 27.10.2020 mit redaktionellen Ergänzungen/Änderungen vom 23.02.2021, die zusammen mit den nachstehenden Vorschriften und der Begründung den Bebauungsplan bildet.

Zeichenerklärung und textliche Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
- Maßzahl in Metern
- WA** Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

Im Allgemeinen Wohngebiet sind

- Wohngebäude,
- sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
- der Versorgung des Gebiets dienende Läden,
- Anlagen für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke und
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe zulässig

Nicht zulässig sind gemäß § 4 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 5 BauNVO

- Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke,
- Schank- und Speisewirtschaften,
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe und
- Tankstellen.

4. **0,35** max. Grundflächenzahl (GRZ)

Es gelten die Bestimmungen von § 19 Abs. 4 BauNVO

5. **0,5** max. Geschossflächenzahl (GFZ)

6. **II** Zwei Vollgeschosse als Höchstgrenze

Zusätzlich ist in Abhängigkeit der Geländeverhältnisse bei einer Hangbebauung talseitig ein hervorstechendes Untersgeschoss zulässig, welches auch ein Vollgeschoss sein darf. In diesem Fall sind max. 3 Vollgeschosse zulässig (Unter-, Erd- und Obergeschoss).

7. $GH_{max}=9,5m$ max. zulässige Gebäudehöhe in Meter

Gebäudehöhe gemessen am höchsten Punkt des Daches (Oberkante Dachhaut), Unterer Bezugspunkt zur Bestimmung der max. GH ist die Erdgeschossrofußbodenhöhe. Einzelne technische Anlagen (z. B. Lüfter, Kamine, Antennen, Solaranlagen etc.) dürfen die maximale Gebäudehöhe überschreiten.

8. $x 539,5$ max. Höhe des Erdgeschossrofußbodens in m NHN

9. Abgrenzung max. Höhe Erdgeschossrofußboden. Bei abweichenden Grundstückszuschnitten ist eine Interpolation der festgesetzten max. Höhe des Erdgeschossrofußbodens in mNHN zulässig.

10. **SD** Satteldach als Dachform für Hauptgebäude zulässig

11. **25°-48°** zulässige Dachneigung für Satteldächer (Hauptgebäude), Eingangüberdachungen sowie angegliederte Terrassenüberdachungen sind von diesen Einschränkungen freigestellt.

12. Bei Nebengebäuden, Garagen und überdachten Stellplätzen (Carports) sind Flachdächer, Sattel-, Pult-, Walmdach und Zeltdächer zulässig.

13. **O** offene Bauweise

14. Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO, Garagen und Carports sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche des WA zulässig.

15. **B** Baugrenze

16. **E** nur Einzelhäuser zulässig

17. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird wie folgt begrenzt:

-max. 2 Wohneinheiten pro Einzelhaus

18. Je Wohneinheit sind mindestens zwei Stellplätze auf dem privaten Grundstück nachzuweisen. Bei sonstigen zulässigen Anlagen, bei denen ein Zu- und Abfahrtsverkehr zu erwarten ist, sind Stellplätze in ausreichender Zahl und Größe auf dem privaten Baugrundstück gemäß der Garagen- und Stellplatzverordnung - GaStellV) herzustellen.

19. Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen sind in der Dachfläche, neigungsparallel zur Dachfläche, in einem Abstand von bis zu max. 0,3 m zulässig.

20. Für die Dachdeckung sind Dachdeckungsmaterialien in naturroten, erdfarbenen, mittel- bis dunkelgrauen/anthraziten und schwarzen Farbtonen zu verwenden. Dachendeckungen von Terrassenüberdachungen und untergeordneten Bauteilen (z. B. Eingangüberdachungen) sind frei wählbar.

21. Dachgauben sind nur ab einer Dachneigung von mehr als 30° zulässig. Dachgauben sind als max. 2,0 m breite Einzelgauben (Außenmaß) zulässig. Die Breite aller Dachgauben einer Hausseite darf ein Drittel der jeweiligen Hausbreite nicht überschreiten. Der höchste Punkt der Dachgaube (Oberkante Dachhaut) muss mindestens 0,75 m unter der Höhe des Hauptfirstes liegen.

22. Widerkehre sind zulässig, sofern sie zur Hauptfirstrichtung untergeordnet sind und deren Firsthöhe mind. 0,75 m unter der Höhe des Hauptfirstes liegt.

23. Zwischen Garagator und öffentlicher Straßenverkehrsfläche "Im Eichet" sind Aufstellflächen von mind. 6,0 m einzuhalten. Bei abweichender Positionierung der Garage zur öffentlichen Straßenverkehrsfläche (z. B. parallele Anordnung der Garage zur Straße) ist ein Abstand von mind. 0,5 m einzuhalten.

24. Unnötige Bodenversiegelungen sind zu vermeiden. Auf privaten Grundstücksflächen sind Zufahrten zu Garagen und Stellplätzen mit wasserdurchlässigen Belägen zu versehen (z.B. Schotterrassen, Rasenfugenpflaster, Pflasterbeläge mit mind. 0,8 cm Fuge, Rasengittersteine).

25. Als Grundstückseinfriedung zur öffentlichen Verkehrsfläche der Straße "Im Eichet" sind senkrechte Holzstaketten-/Holzlattenzäune, Stahlzäune ohne Spitzen oder Drahtgitterzäune und/oder Heckenpflanzungen aus standortheimischen Laubgehölzen zulässig. Mauern sind nicht zulässig. Die maximale Höhe der Einfriedung beträgt 1,2 m über der durch zulässige Geländeabgrabungen und -aufschüttungen veränderten Geländeoberkante. Zaunsockel sind unzulässig.

26. **Ö** öffentliche Verkehrsfläche

27. **SB** Straßenbegrenzungslinie

28. **Gr** private Grünfläche - Streuobstwiese

29. **U** Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Entwicklungsziel: Streuobstwiese

Entwicklungsmaßnahmen:

- Pflanzung hochstämmiger Obstbäume altbewährter Lokalsorten in Abständen von 8 m bis 12 m;
- Obstbäume sind mit einem Verbisschutz (Waldnähe) zu versehen
- Sicherung des Bestands durch regelmäßiges Nachpflanzen in der ersten Pflanzperiode nach Ausfall
- Entwicklung extensiver Wiesenflächen mit 2-maliger Mahd/Jahr im Juni/Juli und August/September unter vollständiger Mähgutabfuhr; zumindest auf Teilflächen Ansaat einer autochthonen, artenreichen Wiesenmischung (z.B. Nr. 02 - Fettwiese der Firma Rieger und Hofmann) oder gleichwertig mineralische und organische (z. B. Gülle, Kompost) Düngung sowie der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln nicht zulässig

30. **Gr** Anpflanzen von standortheimischen, hochstämmigen Laubbäumen/Obstbäumen

Es ist mindestens die in der Planzeichnung dargestellte Anzahl von standortheimischen hochstämmigen Laubbäumen/Obstbäumen zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Als standortheimische Laubbäume sind Bäume aus der Artenauswahl 2 anzupflanzen. Eine Verschiebung der Baumstandorte von der dargestellten Lage ist zulässig. Bei Obstbäumen sind hochstämmige Bäume altbewährter lokaler Sorten zu verwenden (vgl. Artenauswahl 1)

Artenauswahl 1	
Arten für das Anpflanzen von Obstbäumen (Hochstamm, 3xv, StammU 12-14 cm) Apfelbäume:	
(Adersleber Kalvill, Bohnapfel, Coulons Renette, Danziger Kantapfel, Geflammerter Kardinal, Gravensteiner, Jakob Lebel, Kaiser Wilhelm, Landsberger Renette, Nordhausen, Schöner aus Boskoop)	
Birkenbäume:	
(Gellerts Butterbirne, Gute Graue, Neue Plateau, Stuttgarter Gaishirtle, Oberösterreichische Weinbirne, Schweizer Wasserbirne, Gelbmöstler)	

Artenauswahl 2	
Arten für das Anpflanzen standortheimischer Laubbäume	
(Hochstamm, 3xv, StammU 14-16 cm) Winter-Linde Tilia cordata	
Berg-Ahorn	Acer pseudoplatanus
Spitz-Ahorn	Acer platanoides
Stiel-Eiche	Quercus robur
Sand-Birke	Betula pendula
Walnuss	Juglans regia
Hainbuche	Carpinus betulus
Feld-Ahorn	Acer campestre

31. Die natürliche Geländeoberfläche der Grundstücke ist grundsätzlich zu erhalten. Geländeänderungen sind nur insoweit zulässig, als dass sie im Zusammenhang mit der Erstellung der baulichen Anlagen für ein hangintegriertes Bauen zwingend erforderlich sind. Aufschüttungen sind bis zum Niveau der Erdgeschossrofußbodenhöhe zulässig, Abgrabungen bis auf das Niveau der Erschließungsstraße "Im Eichet". Für den Fall, dass eine Garage im Untersgeschoss des Hauptgebäudes untergebracht wird, darf die Abgrabung für die Zufahrt zur Garage unter dem Niveau der Erschließungsstraße erfolgen. Höhenunterschiede sind durch Böschungen im Verhältnis von max. 1:2 oder Stützwände, -mauern inkl. Trockenmauern mit einer Höhe von max. 1,5 m zulässig. Der Anschluss an das vorhandene natürliche Gelände der Nachbargrundstücke ist übergangslos herzustellen.

32. Anfallendes, nicht verschmutztes Niederschlagswasser ist auf den privaten Grundstücksflächen zu versickern (vgl. Baugrundgutachten als Anlage der Begründung). Die Vorgaben der Baugrunduntersuchung (Bestandteil der Begründung) und die einschlägigen technischen Regeln und Richtlinien (vgl. Begründung) sind dabei zu beachten.

Hinweise, Empfehlungen und nachrichtliche Übernahmen

- 1524/2 Flurstücksnummer
- vorhandene Grundstücksgrenze
- vorgeschlagene Grundstücksgrenze
- Höhenlinie
- geplante Haupt- und Nebengebäude
- bestehende Haupt- und Nebengebäude
- W I** Wasserschutzgebiet - Schutzzone I
- W II** Wasserschutzgebiet - Schutzzone II
- Nutzungen innerhalb der Schutzzonen des Trinkwasserschutzgebietes sind nur im Rahmen der Regelungen der Schutzgebietsverordnung (Verordnung des Landkreises Günzburg vom 08.12.1997 in der Fassung der Änderungsverordnungen vom 7. November 2001 und vom 21. Juli 2003) zulässig.
- Geltungsbereich Bebauungsplan "Südöstlicher Ortsrand Ebershausen"
- Geltungsbereich Bebauungsplan "Im Eichet"
- Empfehlungen für Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Tierarten im gesamten Geltungsbereich:
 - V 1: Vermeidung einer unbeabsichtigten Fallenwirkung von Lichtschächten, Gullys, Kellereingängen etc. durch Schutzabdeckung von Keller-/Lichtschächten (Kleintierschutzgitter) bzw. kleintierfreundliche Ausgestaltung (Ausstiegshilfe o. ä.)
 - V 2: Umsetzung von Maßnahmen zur Minderung der schädlichen Einwirkung von Beleuchtungsanlagen auf Tiere (insbes. Insekten, Vögel und lichtscheue Fledermäuse) im Sinne der "Licht-Leitlinie" der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) (2012)
 - V 3: Vermeidung von Vogel-Kollisionen an Glasflächen durch spezielle Gestaltung der Glasfronten
- Empfehlungen für Pflanzmaßnahmen auf privaten Grundstücksflächen
 - Es sollen standortheimische Arten verwendet werden. Auf Nadelgehölze sowie standortfremde gärtnerische Ziergehölze, insbesondere rot- und buntblaubige Arten, sollte verzichtet werden. Es wird empfohlen, vorrangig Obstbäume und Beerenträucher anzupflanzen. Folgende Arten werden zur Anpflanzung empfohlen:

Artenauswahl "Empfehlung für Hausgärten"			
- Obstbäume der Artenauswahl 1 sowie Mirabellen, Reneklöden, Zwetschgen, Kirschen, Sauerkirschen	- Felsenbirne	Für die Pflanzung von Ziersträuchern werden empfohlen:	
- Laubbäume der Artenauswahl 2	- Sommerflieder	- Amelanchier lamarckii	
- Für die Pflanzung von Sträuchern werden empfohlen:	- Kornelkirsche	- Buddleia davidii	
- sowie heimische Beerenträucher	- Perlmutterstrauch	- Cornus mas	
(Brom-, Him-, Johannis-, Stachelbeere, Holunder)	- Pfeifenstrauch	- Kolkwitzia amabilis	
	- Wildrosen	- Philadelphus coronarius	
		- Rosa canina, R. rubiginosa,	
		- R. multiflora; R. Rubrifolia	
		- Salix caprea	
		- Syringa vulgaris - Hybriden	
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea	Kletterpflanzen	
Haselnuss	Corylus avellana	- Pfeifenwinde	- Aristolochia durior
Hainbuche	Carpinus betulus	- Waldrebe	- Clematis Var
Eingriffliger Weißdorn	Crataegus monogyna	- Kriechspindel	- Euonymus Var
Europäisches Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus	- Efeu	- Hedera helix
Faulbaum	Rhamnus frangula	- Geißschlinge	- Lonicera Var
Purpurweide	Salix purpurea	- Wilder Wein	- Parthenocissus Var
Liguster	Ligustrum vulgare		
Rote Heckenkirsche	Lonicera xylosteum		
Schlehe	Prunus spinosa		
Hundsrose	Rosa canina		
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra		
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana		
Buchsbaum	Buxus sempervirens		

12. Bei der Versickerung sind die Anforderungen der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV), die Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TRENWG), das DWA Merkblatt M 153 "Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser" und die DWA Arbeitsblätter A 138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" und A 117 "Bemessung von Regenrückhalteräumen" zu berücksichtigen.

Sofern die Einleitungen nicht unter die Niederschlagswasserfreistellungsverordnung fallen, sind für die Versickerung des Niederschlagswassers beim Landratsamt Günzburg prüffähige Planunterlagen nach der Verordnung über Pläne und Beilagen in wasserrechtlichen Verfahren (WPBV) mit einem Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis einzureichen.

Um einem Versagen der einzelnen Versickerungsanlagen vorzubeugen, empfiehlt es sich je - falls einen Notüberlauf vorzusehen. Dies kann durch einen Anschluss an den Regenwasserkanal in der Straße "Im Eichet" erfolgen.

13. Um die oberirdische Gebäudezuführung von Fernmeldeleitungen zu vermeiden, wird den Bauherren empfohlen auf deren Grundstück ein erdverlegtes Leerrohr (DN 50) für die Fernmeldeversorgung vom Gebäude bis zum öffentlichen Grundstück zu verlegen.

14. Aufgrund der Nähe zu landwirtschaftlichen Nutzflächen können zeitweilige Lärm-, Staub- und Geruchsbelästigungen nicht ausgeschlossen werden.

15. Aufgrund der Nähe zum benachbarten Sportplatz und Sportheim wird empfohlen, Fensteröffnungen von Schlafzimmern abgewandt von diesen zu orientieren.

16. Für die Errichtung von Gauben werden Schleppgauben oder Giebelgauben empfohlen. Dreiecksgauben, Fledermausgauben, Walmgauben oder Fenstererker bis zum Traubereich werden nicht empfohlen.

17. In Vorbereitung der einzelnen Bauvorhaben ist auf eine schichtgerechte Lagerung des Bodens (Oberboden/Unterboden) und Wiedereinbau des Bodens zu achten.

18. Aufgrund der Hanglage kann bei Starkregen ein Abfließen von Oberflächenwasser aus benachbarten Flächen in das Baugelände erfolgen. Das Oberflächenwasser ist durch geeignete Maßnahmen zu fassen. Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass der Schutz von Gebäuden gegen Wasserschäden dem Bauherren obliegt. Der Bauherr hat in Eigenverantwortung Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen, die ein Eindringen von Grund-, Druck- und Oberflächenwasser in das Gebäude verhindern.

Verfahrensvermerke

Der Gemeinderat Ebershausen hat in der Sitzung vom 21.11.2019 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 07.08.2020 öffentlich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 28.07.2020 wurde mit der Begründung gemäß § 13b i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 17.08.2020 bis 18.09.2020 öffentlich ausgelegt. (zugleich frühzeitige Beteiligung entsprechend § 3 Abs. 1 BauGB - siehe Begründung)

Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 28.07.2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13b i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 17.08.2020 bis 18.09.2020 beteiligt. (zugleich frühzeitige Beteiligung entsprechend § 4 Abs. 1 BauGB - siehe Begründung)

In der Bekanntmachung vom 11.12.2020 hat die Gemeinde Ebershausen die Überführung des Bebauungsplanaufstellungsverfahrens von § 13b BauGB in das sogenannte Regelverfahren nach BauGB bekanntgemacht.

Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 27.10.2020 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 21.12.2020 bis 25.01.2021 in den Amtsräumen der Verwaltungsgemeinschaft Krumbach öffentlich ausgelegt.

Zu dem 2. Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 27.10.2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 21.12.2020 bis 25.01.2021 beteiligt.

Die Gemeinde Ebershausen hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 23.02.2021 den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 27.10.2020 mit redaktionellen Ergänzungen/Änderungen vom 23.02.2021 als Satzung beschlossen.

Ebershausen, den (Siegel) 1. Bürgermeister

Das Landratsamt Günzburg hat den Bebauungsplan mit Bescheid vom AZ gemäß § 10 Abs. 2 BauGB genehmigt.

Günzburg, den (Siegel) Landratsamt Günzburg

Ausgefertigt

Ebershausen, den (Siegel) 1. Bürgermeister

Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplans wurde am gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wird hingewiesen.

Ebershausen, den (Siegel) 1. Bürgermeister

INDEX C	
INDEX B	
INDEX A	redaktionelle Ergänzungen Festsetzung Nr. 29; Hinweise neu Nr. 9 und 12; sd-Bew. 23.02.2021
PROJEKT	

Bebauungsplan "Im Eichet Süd" Gemeinde Ebershausen

AUFTRAGGEBER **Gemeinde Ebershausen**

Fichtenweg 1
86491 Ebershausen

PLANNER **Kling Consult GmbH**

Burgauer Str. 30 · 86381 Krumbach
Tel.: +49 8282 994 - 0 · Fax: +49 8282 994 - 110
KC@klingconsult.de · www.klingconsult.de

PLANART **KC KLING CONSULT**

BEARBEITET: SD 27.10.2020

GEZEICHNET: BSW 27.10.2020

GEPRÜFT: 1:1000

2425-405-KCK

D:\data\2021\2021-05-07\Bau\Gemeinde Ebershausen\Bebauungsplan\Bebauungsplan "Im Eichet Süd"\Bebauungsplan\Bebauungsplan "Im Eichet Süd" - 1:5000.dwg